

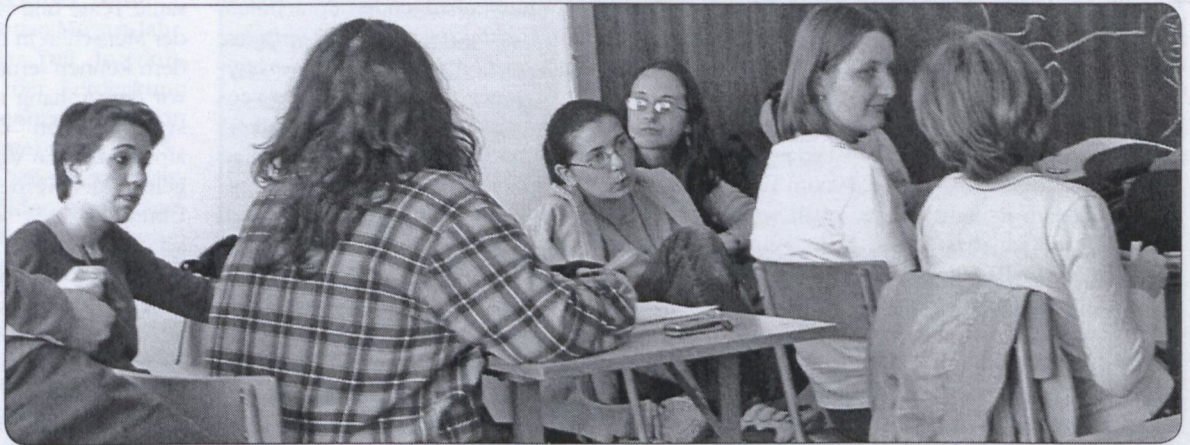
Die heiße Frage – Studiengebühren

Die Situation in Deutschland, Österreich und Ungarn

Im Mittelalter entstanden die ersten Universitäten in Europa. Sie gehörten zu der katholischen Kirche und hatten vor allem das Ziel, Theologie zu unterrichten und später Beamte auszubilden. Die Finanzierung der Kirche war entscheidend, es gab kaum Studienbeiträge. Die ärmeren Familien konnten übrigens auch die Lebenskosten in einer Großstadt nicht finanzieren. Die ersten Forderungen nach einer Gebühr erschienen in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten alle die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Auch das Bürgertum hat viele Akademiker hervorgebracht, so können wir von einer Inflation des Studiums sprechen.

Die Frage von Studiengebühren ist an den öffentlichen Hochschulen zurzeit nicht eindeutig geregelt, an den privaten Institutionen aber selbstverständlich. Das Angebot der Möglichkeiten ist groß: nach einer bestimmten Zeit (z.B. Zweitstudium) oder nach schlechten Ergebnissen muss ein Beitrag bezahlt werden. In Australien gibt es ein zinsloses Darlehen und man muss Studiengebühren zahlen, wenn man schon ein Einkommen hat. In Europa gibt es nur noch wenige Länder, in denen wir noch kostenlos studieren können. Diese sind: Irland, Luxemburg, Malta, Zypern, Polen, Kroatien, Serbien, Bosnien und Montenegro.

In Deutschland sind die Studienbeiträge nicht neu, sie liefen/laufen nur unter einem anderen Namen. In den verschiedenen Bundesländern sind auch verschiedene Regelungen festzustellen. Heute gibt es nur noch in Schleswig-Holstein ein Gratisstudium. Die Mehrheit der Länder fordert eine Verwaltungsgebühr oder andere Kosten, z.B. Rückmeldebeitrag oder ein Semesterticket des regionalen Verkehrsverbundes. Der Erwerb dieses Tickets ist meistens obligatorisch. Je nach Verkehrsverbund kann das 80 bis 250



Die Studierenden freuen sich nicht auf die Studiengebühren

Euro pro Semester sein. Der Rückmeldebeitrag beträgt in einem Drittel der Länder zwischen 40-170 Euro. In Hamburg beispielsweise bezahlen auch die StudentInnen, die nicht in der Region wohnen. Ein Beitrag in einer Höhe von 300-500 Euro wegen eines Langzeitstudiums muss in Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bezahlt werden. Im Falle eines Zweitstudiums scheint der Beitrag eindeutig zu sein: 300-900 EU. In diesem Jahr wird aber immer heißer über einen vereinbarten Studienbeitrag diskutiert, so werden ab dem Studienjahr 2007/2008 in vielen Bundesländern die Studiengebühren eingeführt. Diese Entscheidung hatte keinen großen Erfolg, besonders die Studentenschaften der hessischen Hochschulen reagierten erneut mit Demonstrationen.

In Österreich wurden 2001 Studiengebühren eingeführt, in einer Höhe von 378,72 Euro. Darin inkludiert sind der Mitgliedsbeitrag für die Österreichische Hochschülerenschaft, der man beitreten muss, um studieren zu können, und eine Unfallversicherung. Die Beiträge fließen jetzt direkt den Budgets der Universitäten zu. Die Mehrheit von StudentInnen bezahlt einen Beitrag, der höher ist als ihr gespartes Geld. Sie müssen das Studium aus anderen Quellen finanzieren. Die Möglichkeiten: Stipendium, die Unterstützung der Eltern oder in den meisten Fällen Arbeit. So kommt es oft vor, dass jemand für sein Studium 7-8 Jahre braucht.

Auch in Ungarn ist die Frage der Studiengebühren nicht neu, nach der Wende wurde sie beinahe eingeführt. Dann geriet diese Frage in den Hintergrund, war aber immer latent. Im Jahre 2003 wurde entschieden, dass die StudentInnen keine Gebühren bezahlen müssen. Dann gab es eine neue Überlegung: man muss nach dem Studium zahlen, wenn man bereits über ein Einkommen verfügt. Nach dem neuen Hochschulrahmengesetz müssten zuerst die StudentInnen, die 2008 ihr zweites Jahr beginnen, 105 000 Forint (ca. 400 Euro) pro Jahr bezahlen. Der Beitrag für das Magisterstudium wäre 150 000 Forint (ca. 570 Euro) pro Jahr, was aber je nach Universität unterschiedlich sein kann. Die Kosten würden sich auf die besten 15 Prozent der StudentInnen nicht beziehen, sie würden sogar ein Stipendium bekommen. Über dieses Einkommen verfügen die Universitäten, aber sie müssten davon die Kosten der Institute (z.B. Ausrüstung) begleichen und Stipendien finanzieren. So würden weiterhin die öffentlichen Kassen entlastet, und auch ein Student könnte mehr von einer Hochschule im Sinne einer Kunden-Lieferanten-Beziehung erwarten. Aber die StudentInnen freuen sich nicht unbedingt auf die Studiengebühren. Die Leistungen würden eine geringere Rolle spielen, und viele von den Studenten hätten wegen der schlechteren finanziellen Lage keine Möglichkeit, weiterzustudieren. Bildung wäre so eine Ware. Der finanzielle Druck würde manchem keine Zeit mehr lassen, das Ziel wäre eine Allgemeinbildung, weniger eine Spezialisierung. Die Entscheidung ist nicht einfach. Meiner Meinung nach sollte jemand, der studiert, unter allen Umständen eher eine Belohnung verdienen.



In den letzten Jahrzehnten hatten die Studenten die Möglichkeit, kostenlos zu studieren.

Tímea Almási
almastimi@gmail.com

